

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post geholt
vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten
2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Beilage oder deren Raum 25 Pfg. Reklame-
zeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 177.

Bielefeld-Bethel, Freitag, den 1. August 1919.

Jahrgang 1.

Wer seinen Acker baut, wird Brot genug haben; wer
aber dem Müßiggang nachgeht, wird Armut genug haben.
Ein treuer Mann wird viel segnet; wer aber eist,
reich zu werden, wird nicht unschuldig bleiben.
Sprüche 28 B. 19, 20.

Landwirtschaft und Industrie.

Von Dr. F. Christoph, Hannover.

Das Gedeihen der beiden Hauptberufsgruppen des
deutschen Volkes, der Industrie und Landwirtschaft, hängt
aufs engste mit dem Wohlergehen der Gesamtheit zusammen.
Die Macht der Tatsachen hat es wohl dem Beschränkten
ins Bewußtsein gehämmert, daß die Grundlage des Volkes
eine blühende Industrie und eine leistungsfähige Land-
wirtschaft sein und bleiben muß. Die Erhaltung der in
diesen Berufen wirkenden gesunden Kräfte bedeutet Leben
und Fortschritt. „Die Landwirtschaft kann man als die
Wurzel, die Industrie als den Stamm und die Zweige der
Volkswirtschaft betrachten.“

Die Landwirtschaft ist glücklicherweise eine der wenigen
Kraftreserven des deutschen Volkes geblieben, die zum not-
wendigen Aufbau aus dem Zusammenbruch helfen können.
Man muß daher alles tun, um sie kräftig zu erhalten und
ihre Leistungsfähigkeit nach Möglichkeit zu steigern. Denn
obgleich die deutsche Landwirtschaft an der Spitze der
Agrarländer der Welt marschierte, ist noch eine erhebliche
Vermehrung der Erzeugung in vielen und besonders den
kleinen und Mittelbetrieben möglich. Etwa seit 1880 hat
sich ein völliger Umschwung in der Art der Wirtschafts-
führung angebahnt. Früher genügte die landwirtschaft-
lichen Betriebe sich selbst, von da ab wurden sie ein Ver-
edelungsgewerbe durch und mit Hilfe der verschiedenen
Industrien. Noch bis Mitte des 19. Jahrhunderts bildeten
die Guts- und Bauernhöfe auf sich selbstgestellte Ein-
heiten, die nicht nur Brot und Fleisch, sondern auch Häuser
und Kleidung und Geräte für den eigenen Bedarf er-
zeugten, während jetzt die Landwirtschaft bei der Durch-
führung ihrer Aufgaben auf viele industrielle Erzeugnisse
angewiesen und dadurch aufs engste mit der Industrie ver-
knüpft ist.

Dieses zeigt sich in folgenden Tatsachen:

1. Nur mit Hilfe der künstlichen Düngemittel, wie Kali,
Phosphorsäure, Stickstoff und Kalk war es uns möglich,
die Acker- und Grünlandserträge um das mehr-
fache zu steigern und anspruchsvollere ergebendere
Pflanzen zu züchten. Wurden aber vor dem Kriege
jährlich 60 Millionen Mark für Düngemittel ausge-
geben, so ist eine erhebliche Steigerung um mindestens
das Doppelte möglich, was vor allem der staatlich
geförderten Stickstoffindustrie zugute kommen wird.
2. Erst durch die Verwendung zahlreicher Kraftfutter-
mittel, die bei den Mühlen, Brennereien, Brauereien,
Zuckerfabriken und den Eisfabriken abfielen, erhielten
wir die Mittel, den Fleischverbrauch, der sich seit etwa
1800 von 14 Kilogramm auf 52 Kilogramm im Jahre
1910 pro Kopf und Jahr der Bevölkerung belief, fast
völlig im Inlande zu decken und hohe Milchleistungen
zu erzielen. Fast 1,3 Milliarden Mark wurden dafür
ausgegeben. Würde man weitere große Futtermengen
durch industrielle Strohausschliefungen, Herstellung
künstlicher Hefe, Trocknung von Abfallstoffen gewinnen,
so wäre eine größere Unabhängigkeit vom Auslande
erreicht.
3. Die dauernd gestiegene Verwendung von Arbeits- und
Kraftmaschinen in der Landwirtschaft hat uns erst eine
schonmäßige, billige Bodenbearbeitung und Betriebs-
führung ermöglicht und zu höheren Ernten geführt.
Der Wert der landwirtschaftlichen Maschinen wird auf
2 Milliarden Mark geschätzt, die sich jährlich um rund
75 Millionen Mark vermehren. Die Notlage in der
Arbeiterfrage und die Entwicklung der Überland-
zentralen drängen zur Maschinenverwendung hin, ohne
die Verwendung von Menschenkräften auszuschließen.
Sie machen diese nur erfolgreicher und stellen wert-
volle Hilfskräfte dar.

4. Da Obst- und Gemüsebau in der Hauptsache von vielen
Kleinbetriebern betrieben wird, ist die Erzeugung großer,
schmackhafter und haltbarer Gemüse- und Obstmengen
nur nach Zusammenschluß der zahlreichen Betriebe
unter Heranziehung der Industrie zu erzielen. Hier-
für kommen in Betracht: Verkehrsausschliefungen durch
Feldbahnen und Lastkraftwagen, Einrichtung von Be-
regnungsanlagen, Bau von Gewächshäusern, Warm- und
Kühlhäusern, Trocknerien und Konservenfabriken.
Der Wert des umgewandelten Gemüses und Obstes
beträgt schon jetzt mehrere hundert Millionen Mark
und kann noch erheblich gesteigert werden.

5. Für eine höhere Kultur der Landwirtschaft ist eine
Verbesserung der Verkehrs- und Absatzverhältnisse von
außerordentlicher Bedeutung. Dort findet sich die beste,
intensivste Kultur, wo Wege, Bahn- und Absatzverhält-
nisse am günstigsten sind. Auf diesem Gebiete ist noch
eine erhebliche Arbeit zu leisten, die der Industrie,
Land- und Volkswirtschaft in gleicher Weise zugute
kommen.

6. Die Annehmlichkeit des Landlebens ist durch Er-
leichterung der Frauenarbeit auf dem Lande, die schon
jetzt das Schwerkrieg der Arbeit darstellt, durch sach-
gemäße Maschinenverwendung erheblich zu verbessern.
Gemeinschaftliche Wasch- und Trockeneinrichtungen,
Dampfheizungen u. a. sind einzurichten. Das gemüt-
volle Hausleben ist durch vermehrte Anschaffung guter,
preiswerter Bücher und von Musikinstrumenten zu
verschönern. Nicht nur das Landleben, sondern auch
die Industrie der Haushaltungs- und Werkzeug-
maschinen, sowie des Buch- und Bildgewerbes würden
dadurch gewinnen und wachsen.

Den großen Einfluß der Industrie auf die Landwirt-
schaft haben wir im Kriege u. a. in folgendem gesehen: Die
fehlenden Düngemittel verringerten unsere Ernte um die
Hälfte, der Mangel an Kraftfuttermitteln zwang zur Ab-
schaffung des Viehes und verminderte dadurch unsere
Fleisch-, Milch- und Fettmengen. Die nicht vorhandenen
Konserven schlossen die ordnungsgemäße Gemüseversorgung
der Städte aus. Die fehlenden Maschinen verhinderten
die intensive Bestellung der Felder und drückten dadurch die
Erzeugung. Weiter zeigte sich die innige Beziehung der
Industrie zur Landwirtschaft darin, daß hunderttausende
von Industriearbeitern in der Kleinlandwirtschaft einen
Nebenberuf fanden und zehntausende in den technischen
Nebengewerben ihr Brot suchten.

Gibt uns durch die Industrie Kohlen, Maschinen,
Dünger und Arbeitskräfte, dann wird die deutsche Land-
wirtschaft in ausreichendem Maße für Brot und Fleisch
sorgen. Denn für längere Zeit werden nicht ausländische
Lebensmittelzufuhren, sondern nur unser heimischer Boden
uns sichere Nahrung verschaffen können. Andererseits wird
damit ein zweites, nicht minder wichtiges Ziel erreicht. Hat
der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt. Durch sein Geld
kann der Bauer nicht allein Kohlen kaufen, sondern auch andere
notwendige Gebrauchsartikel, die der Bau-, Kleinen- und
Luxusindustrie zum Verdienst verhelfen. Der einheimische
landwirtschaftliche Markt ist der sicherste und blühendste.
Stärken wir ihn, so geben wir auch der Indus-
trie das durch den Auslandsmarkt verlorene notwendige
Rückgrat wieder und sichern dadurch die Zukunft von Volk
und Vaterland.

Vom Streifen.

In Nr. 31 des „Westfälischen Sonntagsblattes“ kommt
P. K. E. in seinem Artikel „Aus Kirche und Welt“ auch
auf die Landarbeiterfrage zu sprechen und sagt dazu
folgendes:

Es ist die Zeit der Roggenernte. Monate hindurch hat
man nach dem Stand der Feldfrucht gesehen; sich ihrer ge-
freut, um sie gebangt in Hitze und Kälte, in Nässe und
Trockenheit; über ihr gebetet — nun ist die Zeit der Ernte
da; und sie ist wohlgeraten. Da tritt der Teufel zwischen
das hungrige Volk und die gütige Gabe Gottes; der Land-
arbeiter streift. In Wintern — aber auch in West-
falen, sogar in Teilen Minden-Ravensbergs! Wir haben
uns gleich im ersten Auftreten der Landarbeiterorgani-
sationen schwere Sorge gemacht, wiewohl wir uns der

Berechtigung dessen nicht entziehen konnten, daß auch der
Landarbeiter den Schutz seiner Arbeit in dem Zusammen-
schluß sucht. Aber nirgendwo sonst schien uns doch die
Hauptwaffe der Arbeiterorganisation, der Streik, die ge-
meinsame Arbeitseinstellung ohne Kündigung, so freudig
zu sein, wie hier, wo unmittelbar das elementare Gottes-
geschenk, das tägliche Brot, durch den Streik gemindert,
unter Umständen vernichtet wird. Gott gibt das Brot —
die Füße des Streiks trampeln es in den Acker! Und
nirgendwo sonst wurde uns so deutlich wie hier, daß der
Streik trotz aller Besöhnung doch ein unsittlich, wider-
göttlich Ding ist; eine Sache, die unter dem klaren Urteil
des göttlichen Wortes steht. Man hat dann damals immer
wieder gesagt: „Es ist ja ausgeschlossen, daß die Land-
arbeiter gerade in den kritischen Zeiten der Landwirtschaft
in Lohnkämpfe eintreten werden; denn sie schneiden sich
dabei ja in das eigene Fleisch!“ Wir haben geantwortet:
„Selbstverständlich werden sie gerade in den kritischen Zeiten
der Landwirtschaft, also gerade dann in die Lohnkämpfe
eintreten, wenn das Korn reif auf den Feldern steht; der
Fakir und der Wahnsinnige schneiden sich ja auch in ihr
eigenes Fleisch!“ — und so ist es gekommen. Im Landreise,
Bielefeld, auch anderwärts, ist zunächst wieder eine Be-
ruhigung eingetreten. Aber die Probe aufs Exempel ist
gemacht: Erfolge sind mit der Waffe der Erntebefreiung
erreicht — so wird man zu gegebener Zeit diese Waffe
wieder gebrauchen —

Da wir in unserer Zeitung in verschiedenen Aufsätzen
das Für und Wider der Landarbeiterorganisation haben
zu Worte kommen lassen, wird es unsere Leser in allerersten
Reihe zu hören. Wenn uns auch die Bezeichnung „Teufel“
für den Landarbeiterstreik und „Fakir“ und „Wahnsinnige“
für die Streikenden ein wenig zu stark dünken, so ist es
doch gut, wenn die, die es angeht, besonders, auch die, welche
zu den christlichen Gewerkschaften zählen, auf die
Stimme des Mannes hören, der während des Krieges
50 000 Lesern des Sonntagsblattes in der Heimat und
draußen im Felde manches verständliche, kräftige Wort der
Ermunterung zugerufen hat.

Es ist ja heute leider so, daß wir die Erreichung eines
persönlichen, kleinen Vorteils williger gedankenlos unermeh-
liche Werte der Vernichtung anheim fallen lassen.

Und wenn die englische Blaskade, die unsere Kinder,
unsere Alten, Kranken und Schwachen dem Scharf und
dem Tode preisgab, widerspruchlos als ein Teufelswerk
bezeichnet wurde, so würde ein Streik mit den oben be-
zeichneten Folgen ein Werk sein, dessen sich jeder echte,
deutsche Mann schämen möchte.

Wenn aber nun der Wochenschauber sagen muß: „Erfolge
sind mit der Waffe der Erntebefreiung erreicht — so wird
man zu gegebener Zeit diese Waffe auch wieder gebrauchen“,
so wäre es doch gut, wenn auch diejenigen, welchen diese
Erfolge abgerungen werden mußten, sich ernstlich
fragen, was zu tun ist, um die Gründe für solche volks-
vergiftenden Kämpfe zu beseitigen. Es ist gar keine Frage,
daß durch die Verbearbeitung für die Landarbeitervereinigun-
gen manchem Kötter und Heuerling, manchem Knecht und
mancher Magd Gedanken nahe gebracht werden, die sie
geradezu stören in ihrer bisherigen Zufriedenheit, in ihrer
Treue und Anhänglichkeit an die Scholle, die bisher eigent-
liche Not von ihnen fern hielt. Das sind Verhältnisse,
denen man in beiderseitigem Interesse den modernen Zug
der Zeit fern halten möchte.

Damit ist aber die große Frage nicht gelöst, wie in der
neuen Zeit ein geistliches Zusammenarbeiten und Zu-
sammenleben von Besitzer und Arbeiter ermöglicht werden
kann. Der Tarifvertrag auf bestimmte Zeit ermöglicht dem
Erzeuger die Einstellung der Preise für seine Erzeugnisse
den Mehrausgaben entsprechend, die er für Arbeits-
leistungen zu zahlen hat. Wenn ihm die Zwangswirtschaft
keine Grenzen setzt, oder vielleicht später wieder ein-
tretendes Überangebot an Landserzeugnissen auf die Preise
drückt, ließe sich auf diese Weise wohl auch ein erträgliches
Verhältnis zwischen Besitzer und Arbeiter, Dienstherr und
Gesinde herbeiführen und erhalten.

Wenn der ungesunde, unruhige Geist, welcher unser
Volk jetzt beherrscht, wieder gebannt ist, wird alles darauf
ankommen, wie sich das persönliche Leben zwischen Herrn

und Gefinde gestaltet. Vielleicht bringt die kommende Zeit der Not das fertig, wozu der August 1914 den Anfang machte, aus unserem Volke ein einziges Volk von Brüdern zu schaffen.

Auf dem Weg zur neuen Volkskirche.

Ein Laienwort.

Mit der Losung: „Mich jammert des Volks“ sind heute Tausende führender Männer von der äußersten Rechten der Gemeinschaftskreise bis zur äußersten Linken der liberalen Theologie damit beschäftigt, den Weg zu einer neuen Volkskirche zu finden. Und man kann nicht verkennen, daß reine Liebe zum Volk und zu dem ewigen Evangelium, zur rechten Hüterin und Bewahrerin der Kirche bestimmt ist, hüben und drüben zu finden ist, wenn man sich auch in manchen Dingen noch nicht versteht und sich nur schwer entschließt, alten, verjährten Anschauungen, Grundrissen, Formen, Gewohnheiten den Abschied zu geben. Mangel an historischem Sinn, an kirchengeschichtlicher Schulung, an Verständnis für die Bedürfnisse der Gegenwart, an Weithersichtigkeit, die es vermag, den Standpunkt anderer zu verstehen und genügend zu würdigen, wohl auch gegenseitiges Mißtrauen, „heiliger Eigensinn“, Selbstberückung und Sonderbündelei — deutsche Erbfehler aus alter Zeit — hindern aber noch vielfach das gegenseitige Verständnis und verschulden es, daß die Bewegung zur neuen Volkskirche hin da und dort stille steht, weil sie in ihren Anfängen erstarkt worden ist.

Es will manchmal scheinen, als ob dem Bekenntnis an sich ein viel zu großer Wert beigemessen würde und zwar häufig von solchen, die über die Bekenntnisse der Kirche vom Apostolat bis zur Konfessionsformel am wenigsten unterrichtet sind, und die auch nicht zu wissen scheinen, daß die Zeit der Lehrfreiheit die dürrste, unergiebteste Periode in der Geschichte der evangelischen Kirche gewesen ist. Das bloße Bekenntnis mit dem Mund tut es eben nicht. Reicht es tot und vermag es nicht, Leben zu schaffen, Herz und Sinn umzuwandeln, gute Werke zu wirken in dem Sinne des Wortes: „Die Liebe Christi dringt uns also“, dann kann es auch nicht das Band sein, das die Gläubigen zu einer wahren, festgefühten inneren Einheit verbindet. Wir möchten nicht falsch verstanden werden. Wir halten das Bekenntnis zu unserm Herrn Jesus Christus überaus hoch und möchten nicht davon weichen; wir reden auch nicht einer bekennungslosen Kirche das Wort; denn sie ist ein Anfang und trägt den Keim des Zerfalls von Anfang an in sich; aber wir möchten die Eiferer bitten, sich zu maßigen und die Pforten der neuen Kirche nicht gar zu enge zu machen, vor allem diejenigen nicht auszuschließen, die redliche Wahrheitsfinder sind, aber ihren Glauben noch nicht auf eine klare Bekenntnisformel gebracht haben. Vor allem möchten wir sie bitten, mehr Verständnis zu haben für das, was man Theologie heißt, für die Kämpfe und Mühen junger Theologen und sie nicht rauh zurückstoßen, wenn sie dem Bekenntnis an sich recht vorsichtig zu sein. Wie oft ist der Kopf liberal, das Herz aber ganz anders gerichtet! Und wie mancher „liberale“ Pfarrer beschämt durch seinen Amtsbruder den „rechtgläubigen“, aber in toller Orthodoxie erstarrten Amtsbruder!

Die „Gemeinschaften“, deren Wert und Bedeutung wir für die Kirche und das Volksleben wir voll anerkennen, die in mancher toten Gemeinde oft die einzigen Trägerinnen biblischer Wahrheit und echten Christenwandels sind, die auf die Kirche und das Kirchenvolk immer wieder belebend eingewirkt und ihr neue Kräfte eingebracht haben, auch die zuverlässigsten Stützen der äußeren und inneren Mission sind, werden einen sehr wesentlichen Teil der neuen Volkskirche ausmachen müssen. Und gewiß werden sie auch von allen einsichtigen Theologen willkommen geheißen werden, selbst wenn diese sich mit Art ihrer Frömmigkeit und Schriftauslegung nicht befreunden können. Soll aber der ganze Segen, der in den Gemeinschaften niedergelegt ist, der Kirche zugute kommen, so müssen sie noch viel mehr, als dies bis jetzt der Fall ist,

*) Der Schreiber dieser Zeilen ist selber Gemeinschaftsmann.

Christus Jesus, der Herr, der einzige Fels im Strom der Geschichte.

Von D. Jaeger.

Fortsetzung.

Aber was für ein König ist Jesus? Wohl Davids Sohn; aber nicht ein König wie David; nicht einer, der hingeht, und die Gegner in Massen abschachtet. Er weiß, welches Geistes Kind er ist. Sein Reich ist das des Friedens, sein Gesetz das der Liebe. Vom ersten Auftreten bis zum Sterben zieht sich das als ein roter Faden durch sein Denken, Reden und Handeln. Am ausdrücklichsten ist es der Menschheit geworden am Kreuz, da er für seine Feinde hat. Der König will Israel nicht, den will auch Rom nicht. Der Haß flammt nicht auf, als er Wehe ruft, sondern als er Sünde vergibt; denn gerade die Sündenvergebung ist nicht eine private Handlung, sondern der Gnadenakt des Königs im Namen Gottes, ein Amnestie-Akt nach einer großen Rebellion. So geht Jesus mit Bewußtsein den Weg, den der erste und zweite Jesajas zeichnet, den Weg der Liebe und darum des Kreuzes. — Was er damit geschaffen hat, ist ihm selber das Gegenbild des Werkes Moises: der über Israel hinaus die ganze Welt umfassende neue Bund. Er, der Sohn Abrahams, beruft von Ost und West, von Nord und Süd die Jüngsten zum Reiche Gottes. Aber dieses die Menschheit umfassende Königtum des Messias ist nur möglich durch Kampf, durch Kampf nicht nur mit Fleisch und Blut, sondern mit dem Fürsten dieser Welt. Ihn will Jesus überwinden, darum ist sein Werk die Befreiung des Satans. Damit sind aber auch die ältesten Verheißungen, die Verheißungen an Moise, an Abraham, ja die Urverheißung erfüllt.

aus ihrer Abgeschlossenheit hervortreten, an dem kirchlichen Leben regen Anteil nehmen, auch auf politischem Gebiet noch mehr mitarbeiten. Der Sauerteig wirkt nur, wenn er dem Mehl beigemengt wird. Auch müßte der pharisäische Nichtgeist der Kirche und ihren Dienern gegenüber überall da ausgeräumt werden, wo er noch sein Unwesen treibt. Er ist gegen die Liebe. Er hat schon unendlich viel Schaden angerichtet und zwar in erster Linie in den Gemeinschaften selbst. Matth. 7. Natürlich müßte auch das Verhalten der Kirche den Gemeinschaften gegenüber ein durchaus freundliches und förderndes auf dem Grund gegenseitiger Hochachtung und Liebe ruhendes sein.

Wenn je, so ist heute die Losung zur Sammlung aller Wahrheitsfreunde höchste Notwendigkeit. Darum begrüßen wir auch die Gründung des „Evangelischen Volksbundes“. In Württemberg z. B. wird eifrig und mit gutem Erfolg dafür geworben. Es zeigt sich auch hier wieder, daß viel mehr Liebe zur Kirche und Verständnis für ihre Aufgaben in unserem Volke zu finden ist, als der oberflächliche Beobachter vermuten möchte. Diesem Volksbund dürfte es auch gelingen, die wertvollen Gaben und Kräfte, die in der Laienwelt schlummern, aber bis jetzt nicht geweckt wurden, für den Dienst der Kirche und Mission nutzbar zu machen. Freiwillige und bezahlte Laienkräfte wird die neue Volkskirche auf den verschiedensten Gebieten ihrer Betätigung dringend nötig haben. Denn sie wird in ganz anderer Weise als die bisherige „Staatskirche“ am Volk arbeiten und für das geistliche Wohl der ihr anvertrauten Seelen sorgen müssen. Da werden Laienhelfer für Religionsunterricht, Bibelstunde, Krankenbesuche, Armenpflege, christliche Vereinstätigkeit, Bedienung der Anstalten für Innere Mission usw. dringend erforderlich und darum hoch willkommen sein. Möchte es dem Evangelischen Volksbund gelingen, sie zu finden, auszubilden und für den Dienst der Kirche freizumachen! (Schluß folgt.)

Der englische Friedensführer.

Der englische Brief ohne jeden amtlichen Charakter. Das Pariser „Petit Journal“, das Organ des französischen Außenministers Ribot, ist in der Lage, die Mitteilungen Ribots ergänzen zu können. Das Blatt gibt folgende Einzelheiten über die Unterredung, die zwischen Kardinalstaatssekretär Gaspari und dem englischen Gesandten beim Vatikan, Graf Salis, stattgefunden hat. Der Kardinal habe herausgefunden, daß eine mündliche Erklärung des englischen Gesandten der päpstlichen Friedensnote nur einen geringen Erfolg sichere; er habe deshalb den englischen Diplomaten, der seine Instruktionen in der Hand gehabt hätte, erjucht, ihm dieses Dokument zu überlassen, damit er seinen Inhalt genau wiedergeben könne. Graf Salis habe darauf vom Schreiber des Kardinals die Ehre genommen und den Briefkopf des Briefes von Balfour an den Gesandten weggeschnitten, damit das Dokument jeden politischen Wert verliere. Gaspari habe alsdann den Inhalt des Briefes dem Nuntius Pacelli mitgeteilt. Es habe sich also, so sagt „Petit Journal“ weiter, um eine Anzahl Mißverständnisse gehandelt, die vielleicht für die diplomatische Geschichte des Krieges interessant seien, die aber Deutschland nicht das Recht geben, von einem Friedensangebot zu sprechen. Würde es das aber tun, dann handle es in schlechtem Glauben. Frankreich habe sich lediglich formell einer englischen Demarche angeschlossen, aber nicht ohne Jauern und Skrupel.

Eine Erklärung des Erzbischofs Pacelli.

Von dem apostolischen Erzbischof Pacelli geht dem Volksbureau aus Norisach folgende Mitteilung zu: „In den Erklärungen des ehemaligen Reichskanzlers Michaelis in der „Täglichen Rundschau“ liest man, daß schon beim Empfang des Schreibens des Nuntius sich herausgestellt habe, daß Erzberger von dem Brief wußte. Der Nuntius muß erklären, daß Erzberger von ihm über den Inhalt des Briefes keineswegs unterrichtet war.“

Michaelis an Ludendorff.

General Ludendorff hatte erklärt, daß die Oberste Heeresleitung von dem sogenannten englischen Friedensführer nur sehr unzulänglich informiert gewesen sei.

sen sei, und daß sie den Brief des Nuntius Pacelli erst jetzt aus den Zeitungen kennen gelernt habe. Nach der „Täglichen Rundschau“ hat jetzt auch der frühere Reichskanzler Michaelis an den General Ludendorff folgenden Brief geschrieben:

„Nach meiner Erinnerung lag die Sache so, daß in der Kronratsitzung davon gesprochen worden ist, daß ein Führer von England vorlag, daß aber abgelehnt wurde, auf welchem Wege der Führer an uns gerichtet ist. Dies sollte absolut geheim bleiben.“

Schweizer Stimmen zu dem englischen „Friedensangebot“.

Der Berner „Bund“ äußert sich über die Friedensausichten im Herbst 1917 folgendermaßen: „August 1917“ waren die beiden führenden Parteien schon zu heftig aneinander geraten, als daß sie auf diplomatischem Wege hätten Frieden schließen können. Freilich wollte auch keine Partei das Odium auf sich nehmen, einen lobenswerten Versuch zurückzuweisen. Es scheint darum auf den ersten Blick die veröffentlichten Dokumente bedeutungsvoller zu sein, als sie es in Wirklichkeit sind. Zu jener Zeit dachten gewisse französische Kreise nicht an einen Frieden mit Deutschland, sondern an einen Sonderfrieden mit Österreich. Nachher erfuhr man aber aus der Rede Clemens, daß Österreich materiell nicht in der Lage war einen Sonderfrieden zu schließen. Die preussische Regierung hat übrigens nie an eine solche Möglichkeit geglaubt.“

Der Frieden.

Eine deutsch-französische Grenzkommission.

In einer Zuschrift, die der „Tagespost“ aus Straßburg erhält, wird die Einsetzung einer deutsch-französischen Abgrenzungskommission zur Festlegung der elbsächsisch-badischen Grenzlinie am Rhein verlangt. Nach der Versailler Vertrag sei die Grenze Frankreichs wieder herzustellen, wie sie vor 1870 bestand. Aber diese ehemalige Grenze entspreche nicht mehr dem Talweg des Rheins, der im Jahre 1815 als Grenze gewählt war, weil zur Zeit Napoleons III. zahlreiche Korrekturen des Flußlaufes vorgenommen wurden, die zur Folge hatten, daß badische Enklaven auf dem elbsächsischen Ufer sich befinden. Das habe schon zur Zeit des Deutschen Reiches Anlaß zu vielen Streitigkeiten gegeben.

Der Wiederaufbau in Nordfrankreich.

Eine Kommission von deutschen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist am Mittwoch nach Versailles abgefahren, um mit der französischen Unterkommission die Einzelheiten wegen der Bestellung freier Zivilarbeiter für den Wiederaufbau Nordfrankreichs zu vereinbaren. Abgesehen von den Tragen der Unterarmut und Beteiligung deutschen Unternehmern, sowie der Beaufichtigung der Arbeiter durch Franzosen oder Deutsche, spielen auch komplizierte Rechtsfragen eine Rolle, wie zum Beispiel strafrechtliche Gerichtsbarkeit über die Arbeiter und das Weiterverbleiben der Arbeiter unter der deutschen sozialen Gesetzgebung.

Ein Zentralausschuß zur Ausführung des Friedens.

Der Oberste Rat der Alliierten hat beschlossen, einen Zentralausschuß einzusetzen, der die verschiedenen Arbeiten der Kommissionen, die sich mit der Ausführung des Friedensvertrages durch Deutschland beschäftigen, zentralisiert.

Vertagung des Kaiser-Prozesses nach Scapa Flow?

„Republicain de Lyon“ meldet aus Paris, daß die Unterhandlungen mit Holland über die Auslieferung des Kaisers begonnen hätten. Man beabsichtige, das Verfahren gegen den Kaiser nicht in London, sondern an einem schwer zugänglichen Orte stattfinden zu lassen. Man spricht von Scapa Flow.

Die Liste der Auszuliefernden.

Die „Information“ meldet aus Paris: Die Alliierten sind mit der Fertigstellung der Liste der auszuliefernden Personen beschäftigt. Die Namen der Auszuliefernden werden in einer Note der deutschen Regierung mitgeteilt, welche verpflichtet wird, diese öffentlich bekanntzugeben und auszurufen. Es werde ein Monat Frist von dem Tage der Ueberreichung der Liste bis zu der zu erfolgenden Auslieferung gegeben. Die deutsche Regierung werde die Verantwortung für die Stellung der einzelnen auszuliefernden Personen zu tragen haben.

orthodoxen Judentum. Das Siegel darauf scheint ihnen das Kreuz. Die Wiederlegung war für die Christenheit immer die Auferstehung und die Ausgießung des Geistes, des heiligen Geistes, der die Sünde tilgt, den Frieden gibt und mit Gott verbindet.

Die zweite Anklage scheint milder und durchaus modern: er ist ein Prophet, ein Enthusiast, ein Psychopath, ein Größenwahnsinniger. Hat diese Anklage recht, dann ist Jesus allerdings auch gründlich besesselt. Worin sieht man das Merkmal der geistigen Anormalität Jesu, die man tatsächlich behaupten zu dürfen meint? Fast einstimmig in der Größe seines Selbstbewußtseins: ein Mann, der Gott im einzigartigen Sinne seinen Vater nennt, der glaubt, daß er zum Gericht kommt über die Menschheit, der muß wahnsinnig sein! So argumentiert man. Wer mit Geisteskranken zu tun gehabt hat, der empfindet den ungeheuren Eindruck gerade dieses Angriffs auf den modernen Menschen, namentlich auch die medizinischen Kreise. Die bloße Folgerichtigkeit seines Denkens und Handelns würde diese Anklage noch nicht widerlegen. Aber die Eigentümlichkeit des Bewußtseins Jesu besteht darin, daß er bei seiner ganzen Größe demütig ist. Das finden wir beim Geisteskranken nicht. Daß der Mann, der sich als Sohn Gottes weiß, den Gehorsam des Knechtes übt, daß der Mann, der zum Thron berufen ist, nach der Dornenkrone greift, das ist keine Normalität. Es gibt nur einen wirklich normalen Menschen, und das ist Jesus von Nazareth“ hat mir ein Psychiater gesagt. Je genauer man ihn kennen lernt, je besser man ihn versteht, um so überwältigender kommt es einem zum Bewußtsein: Ja, der normale Mensch!

(Fortsetzung folgt.)

Muntius Bacelli
gelernt habe.
at jetzt auch der
General-Lu-
die Sache so, daß
werden worden ist,
daß aber ab-
und mir nichts
Bege der Führer
absolut geheim

den „Friedens-“

über die Friede-
ndermaßen:
den? „Friedens-“
schließen können,
in auf sich nehmen
sien. Es scheinen
lichten Dokumente
lichkeit sind. In
eise nicht an einen
nen Sonderfrieden
ber aus der Rede
in der Lage war
eussische Regierung
seht geglaubt.“

kommission.

„Kampfs“ aus Straß-
ner deutsch-fran-
Festlegung der
hein verlangt.
e Grenze Frank-
or 1870 bestand,
reche nicht mehr
Jahre 1815 als
Napoleons III.
es vorgenommen
badiische Entla-
befinden. Das
Reichs Anlag zu

Frankreich.

Arbeitsgubern und
Verfaßtes abge-
Unterkommission
g freier Zivilar-
Frankreichs zu ver-
der Unterant
ertums, sowie der
Frankzonen oder
Rechtsfragen eine
e Gerichtsbarkeit
verbleiben der Ar-
Geleggebung.

g des Friedens.
hat beschlossen,
der die vertriebe-
die sich mit der
durch Deutschland

Scapa Flow?

aus Paris, daß
ber die Ausliefer-
Man beabsich-
nicht in London,
den Orte stattfin-
Scapa Flow.

nden.

Pa 13: Die Al-
der Liste der aus-
der Namen der Aus-
der deutschen Me-
t wird, diese öf-
aufzurufen.
m dem Tage der
r zu erfolgenden
Regierung werde
der einzelnen
haben.

rauf scheint ihnen
für die Christenheit
ziehung des Geistes,
t, den Frieden gibt

d durchaus modern:
in Psychopath, ein
ge recht, dann ist
Worin steht man
tät Jesu, die man
Zeit einstimmig in
n Mann, der Gott
nennt, der glaubt,
renschheit, der muß
Wer mit Geistes-
bet den ungeheuren
n modernen Men-
kreise. Die bloße
ndelns würde diese
ie Eigentümlichkeit
daß er bei seiner
wir beim Geistes-
als Sohn Gottes
daß der Mann, der
entronne greift, das
wirklich normalen
recht“ hat mir ein
n kennen lernt, je
ltigender kommt es
le Mensch!

Fortsetzung folgt.)

Eine Unterredung mit Hindenburg.

Die Londoner „Times“ bringt einen Auszug aus einer in der „New York Sun“ veröffentlichten Unterredung, die der amerikanische Journalist Karl von Wiegand mit Marshall v. Hindenburg hatte. Laut Hindenburg wäre die Forderung der Alliierten, daß der deutsche Kaiser, die deutschen Seerführer und andere Offiziere vor einen alliierten Gerichtshof gestellt werden sollten, nicht nur eine Verletzung der Souveränität und der Grundzüge des Völkerrrechts, sondern dadurch würde auch das alte römische Prinzip wieder hergestellt, daß patriotische Pflichterfüllung und Verteidigung des Vaterlandes Freiheitsstrafe sind, falls man im Kriege besiegt wird. Ueber Amerikas Anteil am Kriege sagte der Marschall: Was Amerika getan hat, war ungeheuerlich. Es war eine gewaltige Leistung, ein derartiges Heer aus dem Nichts zu bilden. Hindenburg meinte schließlich, daß nur idealistische Träume der Ansicht sein können, daß dies der letzte Krieg gewesen sei. Er war überzeugt, daß Deutschland wieder auferstehen wird, weil es neben den römischen und slavischen Völkern eine Mission in der Welt zu erfüllen hat.

Die deutschen Kriegsschiffe für Frankreich?

„New York Herald“ meldet, der Kaiser hat die Absicht, Frankreich die deutschen Kriegsschiffe anzubieten. Es geht aus der Meldung nicht hervor, ob die fünf Kriegsschiffe gemeint sind, die man in Scapa Flow gehoben hat, oder ob von den in Deutschland verbliebenen weniger und minderwertigen Kriegsschiffen, die abgerüstet werden sollen, nun entgegen den bisherigen Friedensbestimmungen noch einige für Frankreich gefordert werden sollen. Die Forderung würde natürlich mit der „widerrechtlichen“ Verbringung der Schiffe in Scapa Flow begründet werden. Von denen wollte England freilich keine an Frankreich überlassen. Jetzt aber käme es billig und gefährlos zu einer noblen Geste.

Aufhebung der Blockade gegen Rußland.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Rat der fünf beschlossen, die russische Blockade aufzuheben, weil in Wirklichkeit ja kein Kriegszustand mit Rußland herrscht. Sie wird ersetzt werden durch ein Embargo, das der britischen Marine das Recht gibt, alle nach Rußland fahrenden Schiffe anzuhalten und ihre Ladungen zu untersuchen, insbesondere auf Waffen und Kriegsmaterial. Tagesen würde man den Transport gewisser Lebensmittel erlauben. Zu gleicher Zeit sollen Maßnahmen getroffen werden, um die Einfuhr von Kriegsmaterial durch Vermittlung Deutschlands (!) zu verhindern. Es wird behauptet, daß die großen Mengen an Kriegsmaterial aus den Vorräten stammen, die Deutschland in Rußland zurückgelassen hat.

Im Unterhause teilte Churchill mit, die Regierung beabsichtige, die britischen Truppen vor dem Winter aus Nordrußland zurückzuziehen. Die Lieferung von Lebensmitteln und Munition an Kolonien und Denkin würde fortgesetzt werden. Die britischen Truppen würden auch aus dem Kaukasus und aus Sibirien zurückgezogen, und in wenigen Monaten würden sich kaum noch irgendwelche Truppen in Rußland befinden.

Die Neugliederung des Reiches.

Eine Abänderung des Kompromisses.

Die neue Fassung des Artikels 18, wonach eine Abtrennung oder Gebietsänderung zulässig ist, wenn auf Verlangen eines Drittels der wahlberechtigten Einwohner des abzutrennenden Gebietes Dreifünftel der Wahlberechtigten der betreffenden Provinz sich dafür aussprechen, hat bei allen Beteiligten nicht volle Befriedigung hervorgerufen. Es sind deshalb neue Verhandlungen eingeleitet worden, um eine Abänderung zu ermöglichen.

Die beabsichtigte Abänderung geht dahin, daß in dem in Frage kommenden Artikel 18 gesagt werden soll, nicht Dreifünftel aller Wahlberechtigten, sondern Dreifünftel aller abgegebenen Stimmen. Auch soll die Fassung der zweiten Fassung dahin geändert werden, daß eine solche Abstimmung auch in einem Regierungsbezirk zulässig ist. Die nach den Beschlüssen der zweiten Fassung vorgesehene Frist von zwei Jahren innerhalb welcher eine Abstimmung nicht vorgenommen werden darf, soll dahin geändert werden, daß sie auf ein Jahr beschränkt wird. Zwischen Zentrum und Demokraten ist über diese Frage schon eine ziemlich weitgehende Verständigung herbeigeführt. Indessen macht die Sozialdemokratie noch Schwierigkeiten, da sie sich besonders gegen die Festlegung einer einjährigen Sperrfrist sträubt.

Die Verhandlungen waren am Mittwoch noch nicht abgeschlossen, sodaß die Abstimmung über den Artikel 18 bei der dritten Lesung der Verfassung zunächst ausgesetzt werden mußte.

Ein neues Schulkompromiß.

Beteiligung der Demokraten.

In den letzten Tagen fanden in Weimar Verhandlungen statt zwischen den beiden Parteien, die das bisherige Schulkompromiß trugen, und den Demokraten, in der Absicht, die drei Parteien in der strittigen Schul- und Bildungsfrage zu einigen. Nach längeren Verhandlungen kam es zu einer Verständigung über den Absatz 2 des Artikels 143, der nach einem gemeinsamen Antrag der drei Parteien folgendermaßen lautet soll:

„Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag der Erziehungsberechtigten, Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb auch im Sinne des Absatzes 1 nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundzügen eines zu erlassenden Reichsgesetzes.“

In die Übergangsbestimmungen soll weiter folgende Bestimmung aufgenommen werden:

„Bis zum Erlaß des in Artikel 143 Absatz 2 vorgesehenen Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage. Das Reichsgesetz hat Ge-

biete des Reiches, in denen eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Schule gesetzlich besteht, besonders zu berücksichtigen.“

Nationalversammlung.

— Weimar, 29. Juli.

Der Hungerstreik politischer Schutzhaftgefangener.

Mit der Annahme des Vertrauensvotums hatte die große politische Aussprache ihr Ende erreicht, das Haus konnte sich nunmehr der dritten Lesung der Reichsverfassung zuwenden. Zuvor kam es bei Beginn der Nachmittagsitzung zu wüsten Lärmjahren.

Die Unabhängigen hatten einen Antrag eingebracht, den kommandierenden General des 7. Armee-korps in Münster durch den Reichswehrminister sofort anweisen zu lassen, die politischen Schutzhaft-gefangenen, die seit sechs Tagen in einen Hunger-

streik getreten sind, unverzüglich zu entlassen. Der Reichswehrminister Klose sagte eine Nachprüfung der Fälle zu und wandte sich dabei mit starken Worten gegen die „verheerende Agitation“ der Unabhängigen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Der Abgeordnete Fraß erwiderte, daß diese Nachprüfung nun schon Wochen und Monate dauere, und er behauptete, daß die Weiterhaft der Arbeiterhaft zum Generalstreik herausfordern müsse. Als Klose in seiner Antwort den Unabhängigen vorwarf, diese Frage agitatorisch auszunutzen zu wollen, entfielen auf der äußersten Linken große Lärmjahren. Dabei fiel besonders Frau Biez auf. Sie bekam förmlich einen Weinkrampf und schrie unaufhörlich: „Die armen Menschen verhungern.“ Frau Biez suchte dabei wie wild mit allerhand Utensilien in der Luft herum und warf sie schließlich in höchster Erregung auf die Erde. Als Klose den Unabhängigen nun vorwarf, daß sie keinerlei Erregung empfänden, als die Streikenden leghin in Berlin den elektrischen Strom den Krankenhäusern entzogen, so daß keinerlei Operationen und dergleichen vorgenommen werden konnten, rief er einen Tumult hervor. Der Antrag der Unabhängigen wurde schließlich gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Parteien abgelehnt.

Alsdann konnte endlich

die dritte Lesung der Reichsverfassung begonnen werden. Reichskommissar Dr. Preuß leitete die Aussprache mit einer groß angelegten Rede ein. Hierauf begründete der sozialdemokratische Abgeordnete Kagenstein einen Abänderungsantrag seiner Partei, wonach der Reichspräsident nicht mehr von der gesamten Bevölkerung, sondern vom Reichstag und vom Reichsrat gewählt werden soll. Abg. Spahn (Ztr.) äußerte den Wunsch, daß eine Vertretung des Reichs beim Heiligen Stuhl in Rom erfolgt, deren Einrichtung sich als ein Gebot der Klugheit und eine Pflicht der Dankbarkeit darstelle, nachdem der Papst mit seiner Ueberzeugung und seinen Bemühungen während des Krieges auf unserer Seite gestanden hätte.

Für die Demokraten sprach der Vorsitzende des Verfassungsausschusses Abg. Hausmann. Zunächst dankte er, ebenso wie sein Vorredner, dem Reichskommissar Dr. Preuß für seine hervorragende Mitwirkung an dem Zustandekommen des Verfassungswerkes. Der Redner wandte sich in seinen Ausführungen besonders an die Deutschnationalen, denen er empfahl, daß sie für diese Verfassung stimmen sollten. Als ihm von den Deutschnationalen darauf entgegen wurde, daß seine Partei auch gegen die Verfassung von 1870/71 gestimmt habe, erklärte er, es wäre besser gewesen, wenn die damalige Verfassung demokratischen Geist erhalten hätte, dann wäre die deutsche Geschichte einen anderen Weg gegangen.

— Weimar, 30. Juli 1919.

Die Verabschiedung der Verfassung.

In der heutigen Vormittagsitzung wurde die dritte Lesung der Verfassungsvorlage fortgesetzt. Als erster Redner erhielt der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Düringer das Wort. Seine Partei werde gegen die Verfassung stimmen. Zur Begründung verwies der Redner darauf, daß im Jahre 1871 die Demokraten gegen die damalige Verfassung gestimmt hätten, weil sie ihnen nicht demokratisch genug war. Die Deutschnationalen würden jetzt gegen die neue Verfassung stimmen, weil sie ihnen nicht konservativ genug ist. (Beifall rechts.) Auch die Deutsche Volkspartei erklärte durch ihren Redner, den Abg. Heinke, daß der Entwurf für sie unannehmbar sei.

Nach Abschluß der allgemeinen Besprechung über die Verfassung wurde in die Einzelberatung eingetreten. Sie gelangte bereits bis zum Artikel 40. Der Flaggenartikel wurde ohne Aussprache in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Ein Antrag der Rechtsparteien für schwarz-weiß-rot wurde abgelehnt. (Beifall rechts.)

Die Abstimmung über Art. 18, der die Abänderung des Gebietes von Ländern usw. festlegt, wurde vertagt, da ein dazu gestellter Antrag noch nicht in den Händen der Versammlung war.

Zu längerer Aussprache kam es bei dem Artikel, der eine fünfjährige Legislaturperiode für den Reichstag vorsieht. Die Sozialdemokraten beantragten drei Jahre, die Demokraten vier Jahre. Nach Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages wurde der Antrag der Demokraten angenommen.

In der Nachmittagsitzung wird die Verfassung voraussichtlich endgültig verabschiedet werden.

Deutsches Reich.

Der Geschäftsordnungsausschuß der Nationalversammlung hat beschlossen, die Genehmigung zu der gegen den Abg. Gauderfer (bayerischer Bauernbund) von dem Standgericht München wegen Hochverrats und wegen Verstoßes gegen das Zollgesetz (Einschmuggelung von Diamanten über das deutsche Zollgebiet) angeordneten Strafverfolgung zu verweigern.

Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgesangen hat an den internationalen Gewerkschaftskongress in Amsterdam die Bitte gerichtet, seine Macht für die Befreiung der 800 000 Deutschen einzusetzen, die noch in Gefangenschaft schmachten.

Alle in Schloßen bestehenden Bürgervereinigungen, Bürgerausschüsse und Bürgerräte sollen zu einem Landesbürgererrat Schloßen zusammengefaßt werden.

Der neue Völkerverbundsaat. Zu dem unter Völkerverbundsverwaltung gestellten Saargebiet kommen aus der Pfalz die Bezirksämter Zweibrücken, Donau und St. Ingbert mit insgesamt 77 516 Einwohnern; außerdem gehören dazu der Kreis Saarburg mit 269 967, Kreis Ottweiler mit 130 679, Kreis St. Wendel mit 58 921, Kreis Saarlouis mit 112 620 und Kreis Merzig mit 54 895 Einwohnern. Der Konfession nach überwiegt die katholische Bevölkerung mit 505 454 (71,76 v. H.), während nur 198 961 Protestanten vorhanden sind. — Nach zuverlässigen Mitteilungen werden in der Pfalz, die dem Oberkommando des Generals Mangin unterstellt wird, zwei Divisionsstäbe der 10. Besatzungsarmee gebildet. Der eine erhält als Stabschef General von Landau, wohin der andere kommt, ist noch nicht bestimmt.

Zu Aufbesserung der Beamtenbezahlung. Die Reichsregierung hat am 29. Juli mit der preussischen Staatsregierung eingehend über die Frage der Teuerungszulage an Beamte und über die Inangriffnahme einer Revision der Befoldungsordnung verhandelt. Als Ergebnis ist mitzuteilen, daß diese sehr schwierigen Fragen alsbald im Reichsfinanzministerium unter Zustimmung von Vertretern sämtlicher Zentralbehörden und der Beamtenvertretungen erörtert werden sollen.

Abberufung des Generals Gerard. Nach zuverlässiger Mitteilung werden in der Pfalz zwei Divisionsstäbe der 10. Besatzungsarmee gebildet. Der eine erhält als Stabschef General Gerard, wohin der andere kommt, ist noch nicht bestimmt. Aus der Nachricht geht hervor, daß General Gerard, der Führer der 8. französischen Armee in der Pfalz, nunmehr abberufen wird. Die deutsche Regierung hatte, wie vor einiger Zeit gemeldet wurde, durch die Abberufung des Generals wegen der Losreisungsbestrebungen in der Pfalz verlangt.

Ein englisches Lob für unsere Ostafrikakämpfer.

Das deutschfeindliche Hegeblatt „Daily Mail“ bringt ausnahmsweise einen wahrheitsgemäßen Bericht des Burenführers Vandersender über den Verlauf des Feldzuges in Deutsch-Ostafrika. Der Bericht kann zunächst nicht umhin, die Tapferkeit und den zähen Widerstand Lettows-Vorbeds und seiner „Gunnen“ Anerkennung zu zollen. Bemerkenswert ist, daß die Stärke der deutschen Schutztruppe zu Beginn der großen britisch-belgischen Offensive 1916 mit 2700 Europäern und 12000 Afrikanern annähernd richtig angegeben wird. Verschwiegen wird freilich, daß gegenüber dieser tatsächlich geringen deutschen Streitmacht im Laufe des Krieges nach und nach dreihunderttausend Mann feindlicher Truppen unter 114 Generalen aufgebaut wurden, und daß es diesen um den Preis von etwa 80 000 Mann Verlusten doch nicht gelungen ist, die kleine Heldenschar zu vernichten. — Der Bericht fährt dann fort: Die Deutschen hielten ihre schwarzen Truppen zusammen, indem sie ihnen freie Hand in bezug auf Beute und Behandlung der Weißen ließen. Es wurden manchmal Hohnheiten an unseren Verwundeten begangen. Doch die Deutschen versuchten mit wenigen Ausnahmen diese zu verhindern. Der eigentliche Kampf war im ganzen einwandfrei, ja, manchmal sogar ritterlich.

Verchiebung von Heeresgut über die Grenze.

Erhebliche Mengen von Heeresgut werden an den verschiedensten Stellen über die polnische Grenze verschoben. Dadurch wird natürlich das Reichsvermögen geschädigt. Ein erheblicher Teil aller Schiebergeschäfte steht mit polnischen Anlaufversuchen in Verbindung, wobei die gebotenen Preise noch einen besonderen Anreiz bieten. In Betracht kommt insbesondere die Gegend von Kattowitz, Wodlau und Deutsch-Herby. Auch über die holländische Grenze findet ein umfangreicher Verkehr mit verschobenem Heeresgut statt. Zur Abwehr dieser Verchiebung sind die Polizeibehörden angewiesen, mit besonderer Aufmerksamkeit auf Güter zu achten, die aus Heeresbeständen stammen, oder deren Herkunft aus Heeresbeständen den Umständen nach anzunehmen ist. In verdächtigen Fällen ist die Ware anzuhalten und der Besitzer zum Nachweis des rechtmäßigen Erwerbs aufzufordern. Alle Mitteilungen gehen unmittelbar an die Zweigstellen des Reichsverwaltungsamtes. Das Reichsdagministerium hat auch Befehlungen für die Polizeibeamten ausgesetzt.

Eisenbahnverkehr mit der besetzten Provinz Posen.

Der Personenverkehr mit dem von den Polen besetzten Gebiete der Provinz Posen ist in beschränktem Umfang in der Weise freigegeben, daß die Einreise vorläufig nur über Kreuz erfolgt. Dazu ist erforderlich: Ein Personalausweis der Ortspolizeibehörde mit Photographie, die Einreisekarte vom deutschen Generalkommando Berlin und vom polnischen Konsulat Berlin. Es verkehrt täglich ein Personenzug in jeder Richtung. Demnach soll der direkte Personenverkehr über Hohenfalka aufgenommen werden. Der Güterverkehr auf der Strecke Bromberg-Hohenfalka-Posen ist bereits in beschränktem Umfang wieder hergestellt.

Die Unruhen in Straßburg.

Die in den letzten Tagen aus Straßburg zurückkehrenden Flüchtlinge berichten über verschiedene Einzelheiten über die Streikunruhen in Straßburg, die einen wirklich ernsten Charakter trugen. Es war eine direkte Auflehnung gegen die französische Tyrannei. Zwei französische Offiziere wurden tatsächlich umgebracht, einem derselben die Hirnschale eingeschlagen. Einer Radfahrtruppe wurden sämtliche Räder von Arbeitern in die Ill geworfen, als sie diese am Brückengelände angelegt hatten. Auf dem Kleberplatz und auf dem Bahnhof riefen die Streikenden: „Es lebe Preußen!“ und sangen „Die Wacht am Rhein“. Mehrere Tage lang hat die französische Militärverwaltung es für nötig erachtet, die wichtigsten Straßenkreuzungen mit Militär besetzen zu lassen. Radfahrpatrouillen durchquerten von früh bis spät die Stadt, und an allen Ecken und Enden bligten die Bajonette. Die Erregung der Straßburger Bevölkerung stieg zur Erbitterung, als man mit Hilfe der schwarzen Truppen versuchte, die Menge zu Paaren zu treiben, und die unbilligsten Völler Afrika dazu benutzte, die Lage zu retten.

Kokal-u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 1. August 1919.

Der 38. Kongress für Innere Mission in Bielefeld. Das Programm des 38. Kongresses für Innere Mission, der, wie schon gemeldet, vom 22. bis 25. September d. J. in Bielefeld abgehalten wird, gestaltet sich folgendermaßen: Zur Einleitung des Kongresses werden am Sonntag, den 21. September, in den Kirchen des Stadt- und Landkreises Bielefeld Predigten über Innere Mission und Kindergottesdienste abgehalten. Am Nachmittag feiert die Anstalt Bethel ihr 52. Jahresfest und für den Abend ist ein zwangloses Beisammensein für die Kongreßteilnehmer in Aussicht genommen. Am Montag, den 22. September, nachmittags 4 Uhr, findet eine geschlossene Versammlung des Zentralausschusses statt. Um 6 Uhr ist Eröffnungsgottesdienst, bei dem Dekan Rembert-München die Predigt halten wird. Abends 8 Uhr öffentliche Volksversammlung mit einem Vortrag von Geheimrat D. Seeborg-Berlin über: „Wo hinaus?“ Die Hauptversammlungen finden am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag vormittags 9 Uhr statt. Am Dienstag, den 23. September, wird Oberpräsident a. D. Dr. Michaelis über „Christentum und Sozialismus“ sprechen, am Mittwoch, den 24. September, hält Professor D. Schaefer-Breslau einen Vortrag über: „Das Evangelium und die religiösen Strömungen der Gegenwart“, während am Donnerstag, den 25. September, General-Superintendent Prälat D. Schoell-Stuttgart das Thema: „Die Innere Mission und die Öffentlichkeit“ behandeln wird. Am Dienstag nachmittag findet eine Sonderkonferenz und am Abend eine öffentliche Volksversammlung statt. Bei der letzteren spricht D. Mumm-Berlin über „Christentum und Volkstum“. Für Mittwoch nachmittag ist die Befichtigung der Anstalt Bethel vorgesehen, an die sich abends eine öffentliche Volksversammlung in Bethel anschließen wird. Am Donnerstag nachmittag hält der Zentral-Ausschuß eine geschlossene Sitzung. Der Schlußgottesdienst, für den Geheimrat D. Mahling-Berlin die Predigt übernommen hat, findet abends 8½ Uhr statt. Programme können nach Drucklegung von der Geschäftsstelle des Zentral-Ausschusses für Innere Mission in Berlin-Dahlem, Altensteinstraße Nr. 51, bezogen werden.

Aus der Kriegsbeschädigtenbewegung. In der jungen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenbewegung ist immer noch keine endgültige Klärung eingetreten. Der Reichsbund, der der Wehrheitssozialdemokratie nahesteht, liegt in stetem Kampf mit dem ausgesprochen linksradikalen Internationalen Bunde wie auch mit den Kriegervereinen. Der Leipziger Verband, der sich neuerdings „Einheitsverband der Kriegsbeschädigten“ nennt, hat durch diese Umbenennung alle anderen Organisationen veranlaßt,

gegen ihn Front zu machen. Der Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer, Reichsgeschäftsstelle Berlin SW. 68, Kochstr. 9, erfreut sich eines immer mehr steigenden Ansehens in der Öffentlichkeit und bei den Kriegsbeschädigten. Erst kürzlich hat sich ihm im Rheinlande wiederum eine größere Bezirksorganisation, die Vaterländische Vereinigung in Bonn, mit einer Anzahl von Ortsgruppen angeschlossen. Diese lokalen Vereinigungen von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen und alle Kriegsbeschädigten, die noch keinem größeren Verbands angehören, sollten diesem Beispiel folgen.

Reichsverband weiblicher Hausangestellter Deutschlands. Die vielen entstellten Berichte über Tarifverhandlungen haben den Verband veranlaßt, für Sonnabend, den 2. August, abends 8½ Uhr, nach der Friedenshalle, Herforderstraße 84, eine Versammlung einzuberufen. Tagesordnung: 1. Vortrag der Verbandsvorsitzenden Fräulein Zilling aus Berlin. Thema: „Die rechtliche und soziale Stellung der weiblichen Hausangestellten im neuen Deutschland.“ 2. Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen mit den Bielefelder Hausfrauen. Referent Gewerkschaftssekretär Hiemisch. Alle Mitglieder, sowie unorganisierte Hausangestellte, gleich, welcher Beschäftigung, wollen sich zahlreich einfinden.

Neue Einschränkungen im Personenverkehr. Durch die Abgabe der Kohlen an die Entente, die infolge des Friedensvertrages ausgeliefert werden müssen, wird nicht nur eine Minderbeilegerung der Industrie und des Hausbrandes, sondern auch der Beförderung an Eisenbahnknoten eintreten müssen. Durch Erbsparnisse an anderer Stelle war es möglich, einige Verbesserungen im Eisenbahnverkehr im Laufe des Sommers durchzuführen. Auch die Besserung im Reparaturstand der Lokomotiven und Wagen ermöglichte, einen Teil der seit dem November v. J. erforderlich gewordenen tief in das Wirtschaftsleben einschneidenden Verkehrsbeschränkungen wieder aufzuheben. Angesichts der äußerst bedrückten Lage in der Kohlenversorgung muß nun jedoch wieder mit einschneidenden Einschränkungen im Personenverkehr, voraussichtlich schon in kürzester Zeit, gerechnet werden, um den Transport von Lebensmitteln und Kohle sicherzustellen. Ueber den Umfang der neuen Einschränkungen ist bis jetzt noch nichts bestimmt worden. Es muß zunächst der Verlauf der neuen Verhandlungen in Versailles abgewartet werden, bevor man sich über die neuen Einschränkungen völlig klar wird. Aller Voraussicht nach werden auch eine Reihe von Schnellzügen wegfallen.

Warnung!

Die Bewohner vom Kantensiel werden hierdurch aufgefordert, ihre Gelder von abends 9 Uhr bis morgens 5 Uhr nicht zu betreten, da während dieser Zeit Patronillen mit Waffen die Gelder durchqueren!

Lezte Nachrichten.

Das Reichsnotopfer für die Alliierten.

Dem „Temps“ zufolge berät der Oberste Rat der Alliierten über die Maßnahmen, durch die die große Vermögensabgabe in Deutschland reiflos den Alliierten zugeführt und auf die Schadenersatzansprüche verrechnet werden kann. — Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ erfährt, erwägen die Alliierten im Falle, daß die große Vermögensabgabe perfekt wird, ihre Erhebung im Rheinlande zwar zuzulassen, die eingehenden Beträge aber direkt den Besatzungsmächten zuzuführen, und sie auf die von Deutschland zu erhaltende Wiedergutmachungssumme zu verrechnen.

Die ungarische Räteregierung leugnet.

Gegenüber Wiener Zeitungsäußerungen darüber, daß in Ungarn ein politischer Umsturz nahe bevorstehe und daß die Räteregierung abzutreten beabsichtige, ist das staatliche ungarische Telegr.-Korrespondenz-Bureau zu der Feststellung ermächtigt, daß diese Verachtungen jeglicher Grundlage entbehren. Die Räte-Regierung behauptet ihre Stellung, die Arbeiterschaft stehe einheitlich hinter der Räte-Regierung.

Die Serben räumen Klagensfurt.

Zur Festlegung der Demarkationslinie wurde am 28. Juli zwischen militärischen Vertretern Deutsch-Oesterreichs und des Serbisch-Kroatisch-Slowenischen Staates unter Vorbehalt der interalliierten Mission in Klagensfurt ein Protokoll unterfertigt, wonach die Südslawen am 31. Juli morgens mit der Räumung des von ihnen besetzten nördlichen Gebietes mit der Landeshauptstadt Klagensfurt und dem Nordufer des Moerthersees beginnen und diese bis zum Nachmittag durchführen sollen. In die freigewordene Zone rückt die deutsch-österreichische Sicherungstruppe ein.

Westungarn erklärt sich selbständig.

Die Bevölkerung von 288 westungarischen Gemeinden, welche das durch die Friedenskonferenz Oesterreich zugesprochene Gebiet bilden, hat diese Gemeinden als autonom erklärt. Eine Delegation dieser Gemeinden soll sich nach Paris begeben, um die vorläufige Aufrechterhaltung der Autonomie zu verlangen, da die Bevölkerung den Anschluß an Deutsch-Oesterreich nicht will und den Umsturz in Ungarn erwartet. Später könnte dann eine Volksabstimmung durchgeführt werden.

Der Serbenkönig Peter, dessen Abdankung bevorsteht, beschloß, den Rest seines Lebens im Kloster Topshider zu verbringen.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerlei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schlichtbach 14. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Sendungen an die Geschäftsstelle Missionar Delembrot, Bethel - Bielefeld, Postfach 1000, Hannover.

Butterverkauf.

Die Zettelnheit für diese Woche beträgt 60 Gramm Butter zu 49 Pf.

Die Ausgabe der Butter für die Butterverkaufsstellen erfolgt Donnerstag vormittag.

Bielefeld, den 29. Juli 1919.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Mehrere Ladungen Buchen-Brennholz sofort zu kaufen gesucht.

Kammerichwerke A.-G., Bielefeld.

Telegramm-Adresse: Schwaborn Linzrheine.

Größere Posten 18er

Pfalz-u. Rheinweine

glanzhell abzugeben.

Deidesheimer Mk. 6.75 p. Fl. excl. Glas u. Kisten
Gutenberger Mk. 7.— p. Fl. gegen Kasse
Dürkheimer Rot Mk. 7.50 p. Fl.

— Angebot freibleibend. —

Meinr. Schwaborn

Weinkellerei Linz a. Rhein.

Fernsprecher Amt Linz 115.

Pension.

Suche für meine Frau und 2 Töchter (3 und 8 Jahre) einen wöchentlichen Aufenthalt möglichst auf dem Lande, beginnend am 1. August evtl. etwas früher oder später. Gute Verpflegung Bedingung. Offerten mit Preis unter 1862 an

Bockau & Freese, Bochum

Untersekundaner

(18½ J.), gel. und kräftig, mit Garten- und Bureauarbeit vertraut, sucht für 5-6 Wochen Beschäftigung auf einem Gut gegen freie Station. Gefl. Angeb. an Buchhändler Stamm, Bethel b. Bielefeld.

Gesucht zum 1. Okt. zur selbst. Zubereitung eines H. Villenhaus. alt. 1. Stock, Nähen, Hausarb. durchaus evl.

Stütze.

3 Erw., 1 Hausm., Hausfr. leid. Dirksen, Jena, Schaffersstr.



Wollmusseline

reine Wolle, bestes Fabrikat, in prachtvollen Mustern, ca. 75 cm breit

Meter

19⁷⁵

Wollmusseline

reine Wolle, 1a Qualität, einfarbig in allen modernen Farben

Meter

19⁷⁵

Waschmusseline

in reicher Musterauswahl, ca. 80 cm breit

Meter

7⁹⁰

S. Alsberg & Co.

Ausgabe

Erste Ausgabe

Nr. 17

Nicht als

Welt

Einer der werden mußte, einmal noch als ich im zu Götzen zu rücken. Unwillen. Ich sah mich verknäpelt. Aufenthalt in und Wesen a sich seinem G mir vor verje damals doch deutschen W rechtigtes ent ich drei Jah sei. Wäre si allgemeiner eben gewende doch wenigste hat uns besch etwas fagen, glaubten, un können.

So ungeschä denken, der (Februar-Mä wärtige Lag Jugend gewe die Sprache, maßvolle Ur Jugend gerich gedruckt in de gabe deutscher hat ihn gänz daß dem am verstümmelter tausend Wun boten werbe brauch. Ein 1914 und den zeigt deutlich, man sich son sich von der hält, hat hyp dem Jahre 1

„Auch wi Tragik der den Krieg na Aber wir hab fittlichen Ideo das Dichterw die Welt ge pflichtung ver Wir alle, wir lassen, der al Dämonen der mit in den m für ist der W überfallen ha nach Ausbruc gehandelt, ge halt und Hil Diese Frage für alle men unüberwindli licher Hilfe

*) „Nicht 19. September